



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

III-~~74~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.442/3-V/1/88

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des
Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1987

I.

Ich beehre mich, in der Anlage den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1987 dem Nationalrat gemäß § 21 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 vorzulegen.

Dieser Tätigkeitsbericht wurde der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 31. Mai 1988 zur Kenntnis gebracht.

II.

Dem Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes ist zu entnehmen, daß die seit Jahren steigende Tendenz der anfallenden Rechtssachen sich auch im Jahre 1987 fortgesetzt hat. Umso erfreulicher ist es, feststellen zu können, daß die Zahl der am Jahresende offenen Rechtssachen mit 909 Fällen der seit Jahren niedrigste Stand ist. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß es dem Verfassungsgerichtshof gelungen ist, die Zahl der erledigten Rechtsfälle stark zu steigern, wobei in den Jahren 1985 und 1986 die Zahl der Erledigungen jene der neu angefallenen Rechtssachen sogar überschritten hat. Im

- 2 -

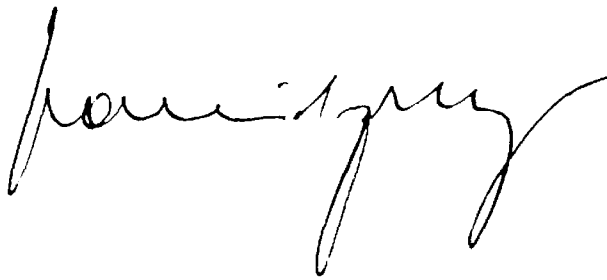
Berichtsjahr hält sich die Zahl der angefallenen Rechtssachen mit jener der erledigten Rechtssachen ungefähr die Waage. Die Entwicklung zeigt deutlich die Wirkung der in den Jahren 1984 und 1985 zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes gesetzten Maßnahmen.

Ein Vergleich der vom Verfassungsgerichtshof in seinem Tätigkeitsbericht über das Jahr 1986 (siehe III-31 der Beilagen NR, 17.GP) mit der in der Beilage 1 zum vorliegenden Tätigkeitsbericht übermittelten Statistik zeigt, daß der Verfassungsgerichtshof auch in der Aufarbeitung der Rückstände erfolgreich war. Es zeigt sich, daß ein noch offener Beschwerdefall aus dem Jahre 1978 erledigt werden konnte. Von vier offenen Fällen aus dem Jahre 1980 wurden drei Fälle erledigt. Alle aus dem Jahre 1982 noch offenen Fälle konnten ebenfalls erledigt werden. Waren seinerzeit aus dem Jahre 1983 noch 92 Rechtsfälle offen, so verminderte sich diese Zahl auf 22 Rechtsfälle. Dasselbe zeigt sich bei einem Vergleich für die aus dem Jahre 1984 offenen Rechtsfälle: Von 189 Fällen sind nur mehr 25 offen. Von den aus dem Jahre 1985 offenen 649 Fällen verblieben 91. Es zeigt sich also, daß es gelungen ist, die Rückstände insbesondere aus weit zurückliegenden Jahren weitgehend abzubauen. Die am 31.12.1987 noch offenen Rechtsfälle bezogen sich zum weitaus überwiegenden Teil auf solche, die in den Jahren 1986 und 1987 angefallen waren.

III.

Ohne dazu Stellung zu beziehen, möchte ich im besonderen auf die Bemerkungen des Verfassungsgerichtshofes unter Punkt VI/1 seines Tätigkeitsberichtes für das Jahr 1987 hinweisen.

31. Mai 1988
Der Bundeskanzler:



Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11, 1010 Wien
GZ 2000/1-Präs/88

B E R I C H T

über die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1987

I. Geschäftsgang

1. Im Berichtsjahr 1987 ist der Verfassungsgerichtshof zu vier Sessionen (Feber/März, Juni, September/Oktober und November/Dezember) zusammengetreten. Insgesamt haben an 76 Tagen Beratungen stattgefunden, an 39 Tagen davon wurden 55 öffentliche Verhandlungen durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden an den Verfassungsgerichtshof 1912 neue Fälle herangetragen. 1907 Fälle aus früheren Jahren und dem Berichtsjahr konnten im gleichen Zeitraum erledigt werden. Unter Berücksichtigung der aus früheren Jahren offenen Fälle ergibt sich zum Ende des Berichtsjahres ein Stand von insgesamt 909 offenen Zahlen.

2. Im Berichtsjahr standen dem Verfassungsgerichtshof - wie bereits seit 1981 - acht ständige Referenten zur Verfügung, deren jeder im Durchschnitt 238 Entscheidungen vorbereitet hat.

- 2 -

Damit wurden die extrem hohen Erledigungszahlen der Vorjahre (1985: 231, 1986: 216) noch deutlich übertroffen.

II. Personalstand

1. Das Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes zählte im Berichtsjahr 60 Bedienstete.

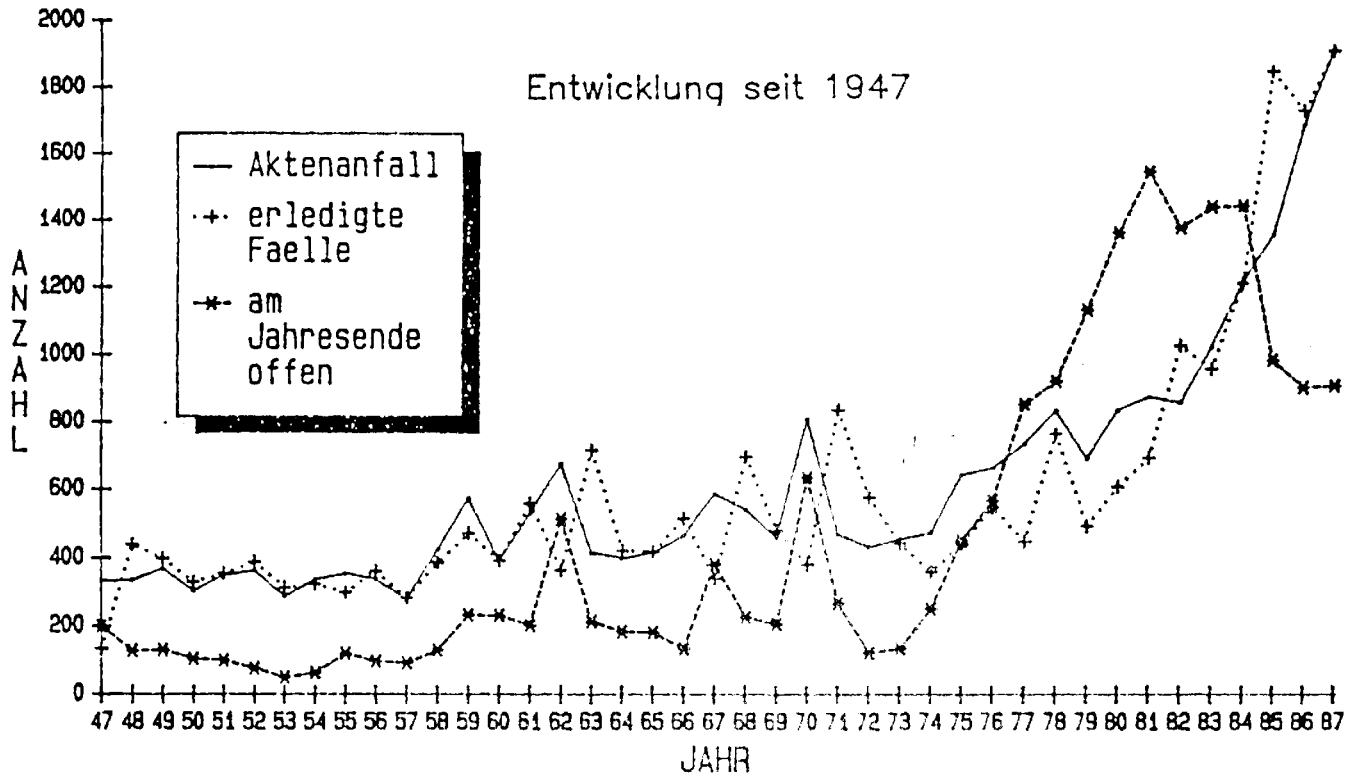
Das rechtskundige Verwaltungspersonal bestand zum Ende des Berichtsjahres aus einem Präsidialvorstand, seinem Stellvertreter und 20 wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Das nicht rechtskundige Verwaltungspersonal bestand aus einem Sachbearbeiter der Verwendungsgruppe B, 24 Kanzlei- und Schreibkräften, 5 Amtswarten, 2 Portieren und 6 Bediensteten in handwerklicher Verwendung (Kraftfahrer, Drucker und Reinigungskräfte).

2. Übersicht zum 31.12.1987

Verwendungsgruppe/ Entlohnungsgruppe	Beamte	VB	Summe
A/a	6	15	21
B/b	1	-	1
C/c	9	8	17
D/d	-	7	7
-/d Jgd1.	-	1	1
E/e	-	6	6
P3/p3	1	1	2
P5/p5	-	5	5
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	17	43	60

- 3 -

III. Statistik/Entlastung:

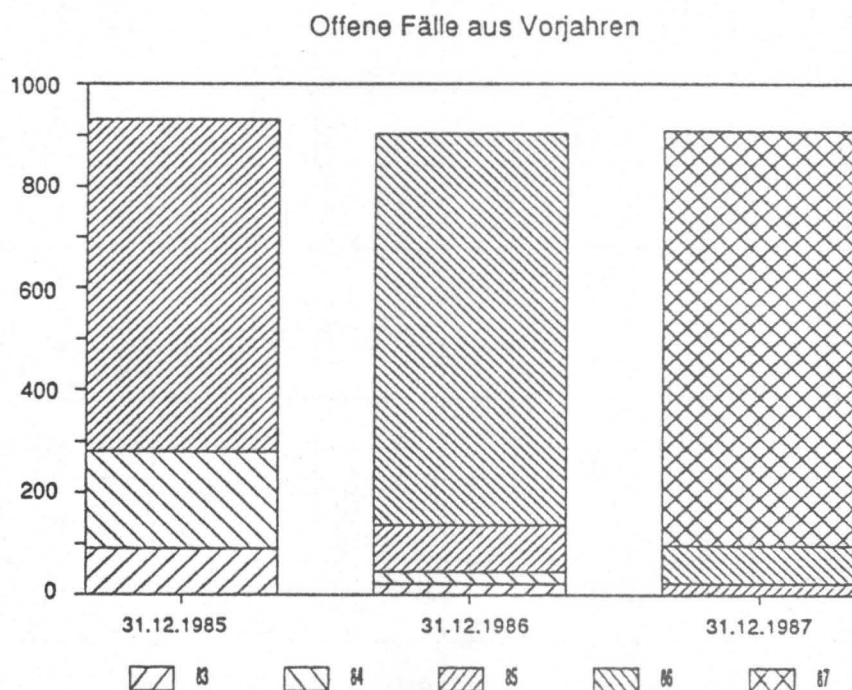
Auch im Berichtsjahr wird wieder der nachhaltig positive Effekt der in den Jahren 1984 und 1985 gesetzten Maßnahmen zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes deutlich.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung seit 1981:

<u>Jahr</u>	<u>angefallen</u>	<u>erledigt</u>	<u>offen am Jahresende</u>
1981	877	694	1545
1982	859	1027	1377
1983	1022	959	1440
1984	1214	1211	1443
1985	1358	1853	948
1986	1683	1727	904
1987	1912	1907	909

Die Zahl der zum Ende des Berichtsjahres offenen Fälle liegt nunmehr das dritte Jahr deutlich unter 1000 und konnte trotz des ständig zunehmenden Aktenanfalles (gegenüber dem Vorjahr um 229 Fälle oder rund 13,6 %; gegenüber dem Jahr 1981 bereits um 1035 Fälle oder 118 %) im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten werden. Die damit verbundene Steigerung der Erledigungen gegenüber dem Vorjahr um 180 Fälle oder rund 10,4 % hat wesentlich zu einer weiteren Verkürzung der Verfahrensdauer beigetragen.

- 5 -



Bemerkenswert ist, daß die Erhöhung der Erledigungszahlen nicht auf eine verstärkte Inanspruchnahme der Ablehnungstatbestände nach Art 144 B-VG zurückzuführen ist: Im Berichtsjahr wurde in 582 Fällen die Behandlung von Beschwerden nach Art 144 B-VG abgelehnt (1986: 669). Bezieht man in die Zahl der Erledigungen des Berichtsjahres die Ablehnungen nicht ein, so bleiben 1325 erledigte Fälle (1986: 1058).

Ein Vergleich mit der Statistik des Vorjahres zeigt, daß das Ziel, Rückstände aus weit zurückliegenden Vorjahren abzubauen, erreicht worden ist.

Aufgliederung der offenen Fälle zum 1.1.1987

	Klagen nach Art. 137	Kompetenzentscheidungen nach		Verordnungsprüfung nach Art. 139	Gesetzesprüfung nach Art. 140	Wahlanfechtung nach Art. 141	Mandatsverlust nach Art. 141	Volksbegehren Anfechtung	Anklagen nach Art. 142 und 143	Beschwerden nach Art. 144	Zusammen
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1 Abs.2								
offen aus 1980	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
offen aus 1981	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1982	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1983	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22	22
offen aus 1984	0	0	0	0	1	0	0	0	0	24	25
offen aus 1985	0	0	0	3	4	0	0	0	0	84	91
offen aus 1986	9	0	0	34	97	2	0	0	0	623	765
	10	0	0	37	102	2	0	0	0	753	904

Aufgliederung der offenen Fälle zum 31.12.1987

	Klagen nach Art. 137	Kompetenzentscheidungen nach		Verordnungsprüfung nach Art. 139	Gesetzesprüfung nach Art. 140	Wahlanfechtung nach Art. 141	Mandatsverlust nach Art. 141	Volksbegehren Anfechtung	Anklagen nach Art. 142 und 143	Beschwerden nach Art. 144	Zusammen
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1 Abs.2								
offen aus 1983	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
offen aus 1984	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1985	1	0	0	0	0	0	0	0	0	22	23
offen aus 1986	0	0	0	4	1	0	0	0	0	70	75
offen aus 1987	6	3	4	41	76	5	0	0	1	674	810
	7	3	4	45	77	5	0	0	1	767	909

- 7 -

Die 48 zum 1.1.1987 offenen Fälle aus den Jahren 1980 bis 1984 konnten im Laufe des Berichtsjahres auf einen Fall aus 1983 reduziert werden. Dieses Verfahren war zur Normenprüfung unterbrochen worden, in deren Rahmen ein Sachverständigengutachten angefordert wurde. Der Fall ist im Zeitpunkt der Berichterstattung bereits erledigt.

In ca. 29 % aller im Berichtszeitraum erledigten Fälle endete das verfassungsgerichtliche Verfahren mit einer für den Einschreiter positiven Erledigung oder führte es zu einer Aufhebung von Rechtsvorschriften in amtswegig eingeleiteten Normenprüfungsverfahren. Damit liegen die "Erfolgsaussichten" vor dem Verfassungsgerichtshof weit über dem europäischen Durchschnitt.

IV. Organisatorische Maßnahmen:

EDV/Büroautomation:

Die vom Verfassungsgerichtshof 1986 aus Kostengründen getroffene Entscheidung, für den hausinternen Datentransport - anstelle einer aufwendigen Verkabelung - seine digitale Telefonnebenstellenanlage heranzuziehen, hat sich als richtig erwiesen.

Projekte für eine Automation der Gerichtskanzlei, der Amtswirtschaftsstelle sowie des Evidenzbüros sind für die - derzeit nahezu ausschließlich für Zwecke der Textverarbeitung genutzte - EDV-Anlage des Gerichtshofes in Vorbereitung.

Realisiert wurde im Berichtsjahr ein probeweiser Anschluß an die Rechtsdatenbank (RDB) sowie ein Anschluß an das Zentrale Ausweichsystem (ZAS), wodurch den Benutzern im Verfassungsgerichtshof der Zugriff auf die dort gespeicherten Datenbanken ermöglicht wurde.

V. Internationale Beziehungen:

Wie in den vergangenen Jahren konnten die bestehenden Kontakte zu anderen europäischen Höchstgerichten und verfassungsgerichtsähnlichen Institutionen weiter vertieft werden.

Eine Delegation des Verfassungsgerichtshofes nahm von 26. bis 30. April an der VII. Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte in Lissabon teil, die unter dem Generalthema "Die Verfassungsgerichtsbarkeit im Rahmen der staatlichen Funktionen" Gelegenheit zu einem wertvollen, umfassenden Meinungsaustausch bot.

Der ständige Referent des Verfassungsgerichtshofes Dr. Machacek nahm im Juni in Vertretung des Präsidenten an den Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Bestehens des türkischen Verfassungsgerichts in Ankara teil.

Im Juli stattete der Präsident des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland Prof. Dr. Wolfgang Zeidler auf Einladung des Präsidenten dem Verfassungsgerichtshof einen Besuch ab.

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes hielt sich auf Einladung des Präsidenten des Conseil Constitutionnel im Oktober zu einem offiziellen Besuch in Paris auf.

Eine Delegation des Verfassungsgerichtshofes nahm im November eine Einladung des Verfassungsgerichts der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Vertiefung der bestehenden bilateralen Kontakte wahr. Es wurde auch das kroatische Verfassungsgericht in Zagreb besucht.

VI. Wahrnehmungen/Rechtssprechung

1. Im Berichtsjahr sind einzelne Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes auch von politischen Mandataren sehr heftig kritisiert worden. Der Verfassungsgerichtshof betont mit allem Nachdruck, daß er sich keineswegs gegen sachliche Kritik an seinen Entscheidungen wendet. Doch sollte Kritik in Wortwahl und Inhalt so beschaffen sein, daß sie nicht das Vertrauen in den Verfassungsgerichtshof untergräbt. Insbesondere muß es befremden, wenn der Inhaber einer maßgebenden politischen Funktion erklärt, eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes nicht befolgen zu wollen.
2. In zwei Fällen führte die Tatsache, daß eine im Gesetz vorgesehene Verordnung nicht erlassen wurde, zu Gesetzesprüfungsverfahren und in der Folge zur Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen.

Mit Erkenntnis vom 12. Dezember 1987, G 55/87 ua. Zlen, hat der Verfassungsgerichtshof Stellen des Volksgruppengesetzes als verfassungswidrig aufgehoben, die das Wirksamwerden der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Zulassung der kroatischen und der slowenischen Amtssprache von der Erlassung einer Durchführungsverordnung abhängig machten. Eine solche war zwar für die slowenische, nicht aber für die kroatische Volksgruppe erlassen worden. Damit war aber die unmittelbare Anwendung der Bestimmungen des im Verfassungsrang stehenden Art. 7 Abs. 3 des Staatsvertrages von 1955 hinsichtlich der

- 10 -

kroatischen Amtssprache in verfassungswidriger Weise unmöglich gemacht worden.

Mit Beschluß vom 12. März 1987, B 617/85, hat der Verfassungsgerichtshof Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes in Prüfung gezogen, die das Inkrafttreten gesetzlicher Bestimmungen an die Erlassung von Verordnungen über die Zulassung künstlicher Süßstoffe banden. Die Bedenken des Verfassungsgerichtshofes gingen von der Tatsache aus, daß solche Verordnungen - obwohl hierfür eine gesetzliche Frist bis 30. Juni 1978 vorgesehen war - nie erlassen wurden und solcherart das Wirksamwerden gesetzlicher Bestimmungen in einer keineswegs den Intentionen des Gesetzgebers entsprechenden Weise suspendiert wurde. Damit wurde eine nur für eine Übergangszeit tolerierbare Zwischenlösung in ihren Auswirkungen definitiv und damit sachwidrig gemacht (siehe das mittlerweile ergangene Erkenntnis vom 4. März 1988, G 82-89/87).

In beiden Fällen hat der Gesetzgeber ein System geschaffen, mit dem er sich der Untätigkeit der Vollziehung geradezu ausgeliefert hat.

Wien, am 17. März 1988

Der Präsident:

Dr. A d a m o v i c h

1. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1987

	1.1. 1987								insgesamt	neu anhängig aus 1987	erledigt wurden im Jahre 1987 in											insgesamt erledigt	Am 31.12. 1987 insgesamt anhängig	Davon zur Normenprüfung unterbrochen
	öffentlicher Sitzung				nichtöffentlicher Sitzung																			
	an-hän-gig aus 1980	an-hän-gig aus 1981	an-hän-gig aus 1982	an-hän-gig aus 1983	an-hän-gig aus 1984	an-hän-gig aus 1985	an-hän-gig aus 1986	insgesamt			statt-gege-ben	abge-wie-sen	zu-rück-ge-wie-sen	ein-ge-stellt	statt-gege-ben	abge-wie-sen	zu-rück-ge-wie-sen	ein-ge-stellt	Behandlung abgelehnt 1*	Behandlung abgelehnt 2*	Behandlung abgelehnt 1,2*			
Vermögensrechtliche Ansprüche nach Art. 137 B-VG (A)	1	0	0	0	0	0	9	10	27	0	0	0	0	3	17	7	2	0	0	0	1	30	7	3
Meinungsverschiedenheiten mit dem Rechnungshof nach Art. 126 a B-VG (KR)	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0
Kompetenzkonflikte nach Art. 138 Abs. 1 B-VG (K I)	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0
Kompetenzfeststellungen nach Art. 138 Abs. 2 B-VG (K II)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Prüfungen von Verordnungen nach Art. 139 B-VG (V)	0	0	0	0	0	3	34	37	155	9	0	0	0	71	7	49	7	0	0	0	4	147	45	8
Prüfungen von Gesetzen nach Art. 140 B-VG (G)	0	0	0	0	1	4	97	102	256	62	2	4	0	73	44	76	16	0	0	0	4	231	77	0
Wahlanfechtungen nach Art. 141 B-VG (W I)	0	0	0	0	0	0	2	2	12	0	0	0	0	0	2	7	0	0	0	0	0	9	5	0
Anträge auf Mandatsverluste nach Art. 141 B-VG (W II)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Volksbegehren - Anfechtung nach Art. 141 B-VG (W III)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anklage gegen oberste Organe des Bundes und der Landesverwaltung nach Art. 142 und 143 B-VG (E)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Beschwerden nach Art. 144 B-VG (B)	0	0	0	22	24	84	623	753	1454	5	3	0	0	324	173	226	34	182	156	244	93	1440	767	220
Beschwerden wegen Völkerrechtsverletzungen nach Art. 145 B-VG (BVO)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	1	0	0	22	25	91	765	904	1912	76	5	4	0	471	243	365	59	182	156	244	102	1907	909	234

- 1* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat (Tatbestand 1 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
- 2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist (Tatbestand 2 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
- 1,2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde aufgrund beider Tatbestände des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984
 - 1) Hievon entfallen 48 auf Individualanträge, 78 auf amtswegige Prüfungen, 23 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 6 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte und den Landesvolksanwalt von Vorarlberg
 - 2) Hievon entfallen 72 auf Individualanträge, 136 auf amtswegige Prüfungen, 44 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 4 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte
 - 3) Davon entfallen 88 auf Beschwerden in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzter Verwaltungsakte
 - 4) Davon entfallen 178 Normenprüfungen auf Bundesgesetze, 78 auf Landesgesetze
 - 5) Von den nach Abzug der 102 Streichungen verbleibenden Fällen wurden in öffentlicher Sitzung 85, in nichtöffentlicher Sitzung 1720 erledigt

2. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1987

Aufgliederung der im Jahre 1987
angefallenen Verfahren nach Art 140 B-VG

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	1
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	2
Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz	9
Apothekerkammergesetz	6
Arbeitsruhegesetz	1
Atomsperrgesetz	1
Bauordnung Niederösterreich	6
Bauordnung Steiermark	4
Bauordnung Wien	3
Beamtendienstrechtsgesetz	1
Bundesabgabenordnung	2
Bundes-Verfassungsgesetz	1
Bundesverfassungsgesetz BGB1 390/1973	3
Einkommensteuergesetz	10
Finanzstrafgesetz	4

Fremdenpolizeigesetz	17
Fremdenverkehrsförderungsfondsgesetz Salzburg	1
Gehaltsgesetz	2
Gemeindewahlordnung Wien	2
Gerichtsgebührengesetz	7
Geschwornen- u. Schöffenlistengesetz	1
Gesetz vom 24.2.1905 RGB1 33/1905	1
Gesetz vom 15.7.1912 RGB1 159/1912	2
Getränkeabgabegesetz Steiermark	1
Gewerbeordnung	1
Gewerbsteuergesetz	1
Grunderwerbsteuergesetz	3
Grundverkehrsgesetz Tirol	7
Güterbeförderungsgesetz	2
Heeresdisziplinargesetz	3
Habsburgergesetz	1
Ingenieurkammergesetz	1
Jagdgesetz Burgenland	2
Jagdgesetz Niederösterreich	5

- 3 -

Jugendwohlfahrtsgesetz	1
Jurisdiktionsnorm	1
Kommunalstrukturverbesserungsgesetz Niederösterreich	1
Konkursordnung	1
Kraftfahrgesetz	3
Krankenanstaltengesetz Oberösterreich	7
Krankenanstaltenordnung Salzburg	6
Ladenschlußgesetz	6
Landesgesetz Kärnten LGB1 74/1977	1
Landes- Personalvertretungsgesetz Kärnten	2
Lebensmittelgesetz	9
Lichtspielgesetz Tirol	1
Luftfahrtgesetz	2
Nationalratswahlordnung	1
ÖIAG-Anleihegesetz	7
Pensionsgesetz	17
Polizeistrafgesetz Oberösterreich	4
Postgesetz	2
Raumordnungsgesetz Niederösterreich	2

- 4 -

Raumordnungsgesetz Salzburg	1
Rechtsanwaltswahlordnung	1
Rechtspraktikanten-Ausbildungsbeitragsgesetz	5
Richterdienstgesetz	2
Schischulgesetz Tirol	3
Schrottlenkungsgesetz	1
Sonderunterstützungsgesetz	1
Sozialhilfegesetz Kärnten	2
Staatsvertrag von Wien	1
Stadtkern- und Ortsbildschutzgesetz Tirol	2
Statut der Landeshauptstadt Graz	8
Strafprozeßordnung	1
Strafvollzugsgesetz	2
Straßenverkehrsbeitragsgesetz	1
Straßenverkehrsordnung	8
Umsatzsteuergesetz	1
Urheberrechtsgesetz	1
Veranstaltungsgesetz Steiermark	2
Verfassungsgerichtshofgesetz	1

- 5 -

Verwaltungsstrafgesetz	10
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	1
Volksgruppengesetz	4
Wählerevidenzgesetz	3
Wasserrechtsgesetz	3
Wasserversorgungsgesetz Wien	2
Weingesetz	2
Wirtschaftstrehänder-Berufsordnung	1
Zivilprozeßordnung	3

3. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1987

Aufgliederung der im Jahre 1987 angefallenen
Verfahren nach Art 139 B-VG

Allgemeiner Durchführungserlaß zum KFG	1
Bauverordnung Oberösterreich, LGB1 5/1985	1
Bebauungsplan der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram vom 27.11.1980	1
Bebauungsplan der Stadtgemeinde Gloggnitz	1
Bebauungsplan der Stadtgemeinde Innsbruck vom 28.11.1960	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 20.12.1967, PrZ1 3086/67	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 21.3.1975, PrZ1 776/75	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 30.5.1980, PrZ1 1408/80	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 26.6.1980, PrZ1 1737/80	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 27.6.1984, PrZ1 1789/84	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 26.6.1985, PrZ1 1947/85	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 26.6.1985, PrZ1 1949/85	1

- 2 -

Beschluß der Kammervollversammlung der Ingenieurkammer für Wien, NÖ, Bgld vom 25.11.1986 betreffend Kammerumlage	41
Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses des Milchwirtschaftsfonds vom 16.4.1986	1
Dampfkesselverordnung	1
Erledigung BMUK vom 2.5.1979, Z1 9076/7-9c/79	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Kirnberg an der Mank vom 6.10.1981	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Lambach	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Wörgl 1978	1
Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Sieghartskirchen vom 18.12.1979	1
Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Dornbirn vom 27.4.1982	1
Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde St. Pölten	1
Geschäftsordnung der Gerichte I. und II. Instanz	1
Grazer Grünflächen- u. Baumschutzverordnung, ABl 13/1976	2
Kanalbenützungsgebührenordnung Salzburg ABl 24/1983	1
Ladenschlußverordnung Burgenland, LGB1 14/1968 idF 46/1969	1
Ladenschlußverordnung Kärnten vom 18.8.1983	1
Ladenschlußverordnung Tirol, LGB1 19/1965	1

Ladenschlußverordnung Wien, LGB1 21/1965	1
Richtlinien für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes (RL-BA 1977)	3
Sozialhilfeverordnung Kärnten, LGB1 68/1985	1
Straßenbezeichnungsverordnung der Gemeinde Weiler vom 11.3.1985, AZ 612-4/1985	1
Tarifverordnung BGB1 698/1986	12
Teilbebauungsplan "Malser Straße" der Stadt Landeck, Z III-1314/86	1
Verwaltungs- und Nutzungssatzung der Agrargemeinschaft Bürs vom 16.12.1968	1
VO der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg vom 4.8.1987, Z1 6 OL 6/85	1
VO der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck vom 27.9.1982, Z1 4-28/9-3/82, idF vom 8.10.1982, Z1 4-28/10-82	1
VO der Bezirkshauptmannschaft Landeck vom 19.12.1985	2
VO der Bezirkshauptmannschaft Landeck vom 19.12.1985, Z1 II-5854/1-85	1
VO des Bundesministers für Finanzen BGB1 188/1986	1
VO des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz BGB1 251/1979	1
VO des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr BGB1 366/1985	8
VO des Bundesministers für soziale Verwaltung BGB1 105/1965	1
VO des Bundesministers für Unterricht und Kunst, BGB1.106/1975	1

VO des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten BGBI 197/1987	1
VO der Bundespolizeidirektion Wien vom 12.1.1984, Z1 P 1886/18/a/83	4
VO des Bürgermeisters der Gemeinde Thüringerberg vom 4.7.1985	1
VO des Bürgermeisters der Marktgemeinde Angern/March vom 23.9.1985 betreffend Prostitutionsverbot	1
VO des Bürgermeisters der Marktgemeinde Gratkorn vom 16.12.1982	1
VO des Bürgermeisters der Marktgemeinde Hard vom 2.12.1982, Z1 151/1-806/2532	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Kobersdorf vom 25.4.1986 betreffend Einhebung von Kanalgebühren	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Seeboden vom 6.5.1985, Z1 523-0/1985	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Übelbach vom 7.11.1984, Z1 200-1-1984	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Völs vom 18.11.1986, Z1 003-3/1986	2
VO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 23.12.1978, Z1 A 8-423/12-1978	1
VO des Gemeinderates der Marktgemeinde Mauerbach vom 16.9.1987	1
VO des Gemeinderates der Stadt Murau vom 23.6.1982	3
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 30.6.1983, PrZ 1913/83	1
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 22.3.1985, PrZ 876/85	1

- 5 -

VO des Gemeinderates der Stadtgemeinde Innsbruck vom 18.7.1952, Z1 VI-3589/52	1
VO des geschäftsführenden Ausschusses des Milchwirtschaftsfonds vom 22.3.1983	2
VO der Oberösterreichischen Landesregierung über die Ambulanzgebühren, LGB1 58/1986	8
VO der Oberösterreichischen Landesregierung LGB1 20/1987	1
VO der Stadt Feldkirch vom 26.11.1985, Z1 Ig-E-Dr/Mä	1
VO des Stadtsenates der Stadt Linz vom 30.3.1987 betreffend Prostitution	4
VO der Tiroler Landesregierung LGB1 13/1987	2
VO der Vorarlberger Landesregierung LGB1 6/1987	1
Zivilflugfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung	1

4. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1987

Belangte Behörden im Beschwerdeanfall 1987

Abgabenberufungskommission Wien	16
Akademischer Senat der Universität Innsbruck	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Oberösterreich	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Salzburg	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Steiermark	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	3
Bauberufungskommission Salzburg	2
Bauoberbehörde Wien	11
Berufungskommission für Disziplinarangelegenheiten der Bundesingenieurkammer	3
Berufungskommission in Abgabensachen der Stadtgemeinde Innsbruck	1
Berufungskommission gemäß § 35 Tiroler Fremdenverkehrsgesetz	2
Berufungskommission in Bausachen Innsbruck	5
Beschwerdeausschuß der Ärztekammer für Kärnten	1
Bezirksgendarmeriekommando Korneuburg	1

- 2 -

Bezirksgericht Innsbruck	1
Bezirksgericht Korneuburg	2
Bezirkshauptmannschaft Bregenz	5
Bezirkshauptmannschaft Dornbirn	7
Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt - Umgebung	5
Bezirkshauptmannschaft Feldkirch	6
Bezirkshauptmannschaft Gmunden	1
Bezirkshauptmannschaft Graz - Umgebung	1
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck - Land	2
Bezirkshauptmannschaft Judenburg	2
Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf an der Krems	4
Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel	4
Bezirkshauptmannschaft Korneuburg	2
Bezirkshauptmannschaft Kufstein	4
Bezirkshauptmannschaft Lienz	1
Bezirkshauptmannschaft Liezen	1
Bezirkshauptmannschaft Melk	1
Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See	1
Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf	1

- 3 -

Bezirkshauptmannschaft Salzburg - Umgebung	1
Bezirkshauptmannschaft Steyr - Land	1
Bezirkshauptmannschaft Telfs	1
Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt	1
Bezirkshauptmannschaft Weiz	1
Bezirkshauptmannschaft Wolfsburg	1
Bezirkspolizeikommissariat Döbling	1
Bezirkswahlbehörde Neusiedl am See	2
Bezirkswahlbehörde Wien - Umgebung	1
Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft	5
Bundeskanzler	1
Bundesminister für Arbeit und Soziales	5
Bundesminister für Bauten und Technik	3
Bundesminister für Finanzen	8
Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst	4
Bundesminister für Inneres	20
Bundesminister für Justiz	23
Bundesminister für Landesverteidigung	13
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft	16

- 4 -

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	37
Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport	4
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten	9
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung	4
Bundespolizeidirektion Graz	1
Bundespolizeidirektion Innsbruck	1
Bundespolizeidirektion Linz	1
Bundespolizeidirektion Salzburg	2
Bundespolizeidirektion Villach	1
Bundespolizeidirektion Wien	28
Burgenländische Landesregierung	4
Bürgermeister der Gemeinde Zurndorf	1
Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck	1
Bürgermeister der Stadt Wien	1
Disziplinarberufungskommission der Bundeskammer der Tierärzte	1
Disziplinarberufungssenat der österreichischen Apothekerkammer	2
Disziplinaroberkommission beim Amt der LReg Stmk	1
Disziplinaroberkommission beim BKA	2

- 5 -

Disziplinaroberkommission für Berufsoffiziere beim BMLV	1
Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Einigungsamt Krems an der Donau	1
Finanzamt für den 1. Bezirk in Wien	1
Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern Graz	1
Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern Wien	1
Finanzamt Graz - Stadt	2
Finanzamt Innsbruck	1
Finanzamt Steyr	1
Finanzamt Wien - Umgebung	1
Finanzlandesdirektion für Kärnten	23
Finanzlandesdirektion für Oberösterreich	71
Finanzlandesdirektion für Salzburg	15
Finanzlandesdirektion für Steiermark	17
Finanzlandesdirektion für Tirol	25
Finanzlandesdirektion für Vorarlberg	33
Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland	109
Gemeinderat Hart	1

- 6 -

Gemeinderat Graz	9
Gemeinderat Vordernberg	1
Gemeinderat Trofaiach	1
Gemeindevorstand Maria Wörth	1
Gendarmeriepostenkommando Rankweil	1
Gendarmeriepostenkommando Ernstbrunn	1
Grundverkehrssenat Vorarlberg	5
Handelsgericht Wien	1
Hengstenkörkommission Burgenland	2
Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	41
Justizanstalt Sonnberg	1
Kärntner Landesregierung	13
Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes	2
Korpskommandant des Korpskommandos II	1
Kreisgericht Ried	2
Kreisgericht Wiener Neustadt	2
Kreisgerichtliches Gefangenenhaus Korneuburg	2
Landesagrarsenat beim Amt der Burgenländischen Landesregierung	2

- 7 -

Landesagrarsenat beim Amt der Kärntner Landesregierung	3
Landesagrarsenat beim Amt der niederösterreichischen Landesregierung	5
Landesagrarsenat beim Amt der oberösterreichischen Landesregierung	10
Landesagrarsenat beim Amt der Tiroler Landesregierung	2
Landesagrarsenat beim Amt der Vorarlberger Landesregierung	
Landesarbeitsamt Linz	3
Landesarbeitsamt Salzburg	3
Landesarbeitsamt Steiermark	2
Landesarbeitsamt Tirol	1
Landesarbeitsamt Wien	20
Landesgericht Graz	5
Landesgericht Klagenfurt	1
Landesgericht Salzburg	4
Landesgericht für Strafsachen Graz	4
Landesgericht für Strafsachen Wien	1
Landesgerichtliches Gefangenenhaus Graz	2
Landesgrundverkehrsbehörde Oberösterreich	3
Landesgrundverkehrsbehörde Tirol	14

- 8 -

Landesgrundverkehrskommission Burgenland	2
Landesgrundverkehrskommission Niederösterreich	5
Landesgrundverkehrskommission Salzburg	2
Landeshauptmann von Burgenland	3
Landeshauptmann von Kärnten	30
Landeshauptmann von Niederösterreich	9
Landeshauptmann von Oberösterreich	24
Landeshauptmann von Salzburg	11
Landeshauptmann von Steiermark	27
Landeshauptmann von Tirol	11
Landeshauptmann von Vorarlberg	11
Landeshauptmann von Wien	20
Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Magistrat Linz	1
Magistrat Wien	6
Marktgemeinde Stainz	1
Marktgemeinde Velden am Wörthersee	1
Marktgemeinde Vordernberg	1
Militärkommando Niederösterreich	1

- 9 -

Militärkommando Oberösterreich	1
Militärkommando Salzburg	1
Militärkommando Steiermark	2
Militärkommando Vorarlberg	1
Militärkommando Wien	1
Niederösterreichische Landesregierung	27
Oberster Agrarsenat	9
Oberste Berufungskommission u. Disziplinarkommission für Rechtsanwälte u. Rechtsanwaltsanwärter	10
Oberster Gerichtshof	2
Oberlandesgericht Graz	1
Oberlandesgericht Wien	4
Oberösterreichische Landesregierung	39
Österreichisches Patentamt	9
Präsident des Handelsgerichts Wien	3
Präsident des Kreisgerichts Korneuburg	2
Präsident des Landesgerichts Feldkirch	3
Präsident des Landesgerichts Innsbruck	1
Präsident des Landesgerichts Linz	1

- 10 -

Präsident des Landesgerichts Salzburg	2
Präsident des Landesgerichts St. Pölten	1
Präsident des Landesgerichts für ZRS Graz	1
Präsident des Landesgerichts für ZRS Wien	4
"Präsident des Oberlandesgerichts Salzburg"	6
Präsident des Oberlandesgerichts Wien	1
Salzburger Jägerschaft	1
Salzburger Landesregierung	21
Schiedskommission beim BMAS	1
Schiedskommission beim Landesinvalidenamts für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Schiedskommission beim Landesinvalidenamts für Vorarlberg	1
Schiedsstelle BMJ	1
Sicherheitsdirektion für Niederösterreich	1
Sicherheitsdirektion für Oberösterreich	1
Sicherheitsdirektion für Salzburg	1
Sicherheitsdirektion für Steiermark	1
Sicherheitsdirektion für Tirol	4
Sicherheitsdirektion für Vorarlberg	12
Sicherheitsdirektion für Wien	4

- 11 -

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1
Staatsanwaltschaft Korneuburg	1
Stadtgemeinde Gratwein	1
Stadtgemeinde Kapfenburg	1
Stadtamt Leoben	1
Steiermärkische Landesregierung	36
Tiroler Landesregierung	29
Unterkommission der Vieh- und Fleischkommission beim BMLF	1
Vorarlberger Landesregierung	15
Verfassungsgerichtshof	9
Verwaltungsgerichtshof	3
Vieh- und Fleischkommission	1
Wiener Börsenkammer	1
Wiener Landesregierung	37
Zivildienstoberkommission beim BMI	56
Zollamt Arnoldstein	1
Zollamt Klagenfurt	1
Zollamt Salzburg	1

5. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1987

Gesetze, deren Anwendung Grundlage der im Jahre 1987
eingebrachten Beschwerden nach Art 144 B-VG war

Abfallgesetz Oberösterreich	4
Abgabenexekutionsordnung	3
Abgabenordnung Wien	1
Agrarbehördengesetz	6
Agrarverfassungsgesetz	1
Allgemeine Dienstvorschrift für das Bundesheer	1
Allgemeine Gemeindeordnung Kärnten	1
Allgemeines Hochschulstudiengesetz	1
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	8
Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz	26
Amtshaftungsgesetz	1
Ankündigungsabgabengesetz Niederösterreich	1
Anliegerleistungsgesetz Salzburg	1
Anzeigenabgabengesetz Niederösterreich	1
Apothekergesetz	2

- 2 -

Apothekerkammergesetz	2
Arbeiterkammergesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	13
Arbeitsruhegesetz	25
Arbeitsverfassungsgesetz	1
Arbeitszeitgesetz	1
Ärztegesetz	2
Asylgesetz	3
Aufsichtsratabgabegesetz	35
Ausgleichsabgabegesetz	23
Ausländerbeschäftigungsgesetz	9
Bäckereiarbeitergesetz	1
Bauernsozialversicherungsgesetz	2
Baugesetz Vorarlberg	4
Bauordnung Burgenland	1
Bauordnung Kärnten	2
Bauordnung Niederösterreich	3
Bauordnung Oberösterreich	6
Bauordnung Steiermark	3

Bauordnung Tirol	10
Bauordnung Wien	10
Bauarbeiterschlechtwetterentschädigungsgesetz	1
Beamtendienstrechtsgesetz	7
Beamten- Kranken- u. Unfallversicherungsgesetz	1
Bewertungsgesetz	14
Blindenbeihilfegesetz Wien	1
Bodenwertabgabegesetz Salzburg (?)	1
Börseordnung	1
Bringungsrechtsgesetz Oberösterreich	1
Bundesabgabenordnung	25
Bundesgesetz BGB1 197/1967	1
Bundesstraßengesetz	2
Bundes-Verfassungsgesetz	4
Dampfkessелеmissionsgesetz	1
Datenschutzgesetz	1
Dienstgeberabgabegesetz Wien	1
Dienstpragmatik	2
Disziplinarstatut	7

- 4 -

EGVG	4
Einkommensteuergesetz	56
Eisenbahnteilnehmungsgesetz	8
Erbschaftssteuergesetz	4
Familienlastenausgleichsgesetz	1
Fernmeldegesetz	1
Finanzstrafgesetz	8
Fleischuntersuchungsgesetz	1
Flurverfassungslandesgesetz Burgenland	3
Flurverfassungslandesgesetz Kärnten	1
Flurverfassungslandesgesetz Niederösterreich	4
Flurverfassungslandesgesetz Oberösterreich	4
Flurverfassungslandesgesetz Tirol	1
Flurverfassungslandesgesetz Vorarlberg	2
Forstgesetz	1
Fremdenpolizeigesetz	29
Fremdenverkehrsabgabegesetz Kärnten	2
Fremdenverkehrsgesetz Tirol	3
FSVG	1

Garagengesetz Wien	2
Gebrauchsabgabengesetz Wien	1
Gebührenanspruchsgesetz	1
Gebührengesetz	11
Geflügelwirtschaftsgesetz	3
Gehaltsgesetz	6
Gerichtliches Einbringungsgesetz	3
Gerichtsgebührengesetz	11
Gehsteigabgabengesetz Tirol	1
Gelegenheitsverkehrsgesetz	47
Gemeindeplanungsgesetz Kärnten	2
Gemeindewahlordnung Burgenland	2
Getränkeabgabengesetz Steiermark	2
Getränkesteuergesetz Wien	2
Getränke- u. Speiseeissteuergesetz Tirol	1
Gewerbeordnung	34
Gewerbsteuergesetz	5
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	6

- 6 -

Grundbuchgesetz	1
Grunderwerbsteuergesetz	24
Grundverkehrsgesetz Burgenland	3
Grundverkehrsgesetz Niederösterreich	9
Grundverkehrsgesetz Salzburg	2
Grundverkehrsgesetz Tirol	17
Grundverkehrsgesetz Vorarlberg	4
Güterbeförderungsgesetz	3
Güter- u. Seilwegegesetz Niederösterreich	1
Handelskammergesetz	4
Handelsvertretergesetz	1
Heeresdisziplinargesetz	5
Heeresgebührengesetz	4
Importausgleichsgesetz	1
Ingenieurkammergesetz	45
Interessentenbeiträgegesetz Oberösterreich	1
Invalideneinstellungsgesetz	8
Jagdgesetz Kärnten	1
Jagdgesetz Niederösterreich	1

- 7 -

Jagdgesetz Oberösterreich	3
Jagdgesetz Salzburg	1
Jugendwohlfahrtsgesetz	1
Kanalabgabengesetz Burgenland	5
Kanalgesetz Niederösterreich	1
Kanalgesetz Steiermark	1
Kanalisationsgesetz Vorarlberg	4
Kfz-Steuergesetz	5
Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz	1
Körperschaftssteuergesetz	8
Kraftfahrgesetz	13
Krankenanstaltenordnung für Salzburg	6
Kreditwesengesetz	1
Kurtaxengesetz Salzburg	3
Kriegsopferversorgungsgesetz	4
Landesabgabenordnung Steiermark	5
Landesbedienstetengesetz Vorarlberg	1
Landesforstgesetz Vorarlberg	1
Landes- Personalvertretungsgesetz Kärnten	3
LandespolizeiStrafgesetz Salzburg	1

- 8 -

Landesstraßengesetz Niederösterreich	3
Landesstraßengesetz Salzburg	1
Landesstraßenverwaltungsgesetz Oberösterreich	1
Landesverwaltungsabgabengesetz Steiermark	7
Landschaftsschutzgesetz Vorarlberg	1
Landwirtschaftliches Schulgesetz Niederösterreich	1
Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz Oberösterreich	1
Lebensmittelgesetz	3
Leichenbestattungsgesetz Oberösterreich	1
Lichtspielgesetz Tirol	1
Luftfahrtgesetz	1
Lustbarkeitsabgabegesetz Oberösterreich	2
Lustbarkeitsabgabegesetz Steiermark	14
Marktordnungsgesetz	3
Mietrechtsgesetz	2
Mineralölsteuergesetz	1
Naturschutzgesetz Oberösterreich	5
Naturschutzgesetz Salzburg	1
Naturschutzgesetz Steiermark	1

Nationalparkgesetz Salzburg	4
Nebengebühreuzulagengesetz	1
Ortsbildgesetz Steiermark	1
Ortsbildpflegegesetz Kärnten	1
Orts- u. Nächtigungstaxengesetz Kärnten	2
Parkometergesetz Wien	3
Parteiengesetz	1
Paßgesetz	5
Patentgesetz	9
Pensionsgesetz	5
Pensionsordnung Wien	1
Polizeistrafgesetz Niederösterreich	1
Polizeistrafgesetz Oberösterreich	15
Postgesetz	2
Prostitutionsgesetz Wien	2
Raumordnungsgesetz Niederösterreich	1
Raumordnungsgesetz Oberösterreich	1
Raumordnungsgesetz Salzburg	1
Raumordnungsgesetz Steiermark	4

- 10 -

Raumordnungsgesetz Tirol	6
Raumplanungsgesetz Vorarlberg	1
Rechtsanwaltsordnung	4
Rechtspraktikanten-Ausbildungsbeitragsgesetz	5
Reisegebührenvorschrift	2
Richterdienstgesetz	1
Rundfunkgesetz	2
Schischulgesetz Kärnten	1
Schischulgesetz Tirol	2
Schulunterrichtsgesetz	2
Schulorganisationsgesetz	1
Sozialhilfegesetz Burgenland	1
Sozialhilfegesetz Niederösterreich	6
Sozialhilfegesetz Tirol	2
Sozialhilfegesetz Wien	1
Staatsbürgerschaftsgesetz	2

Stärkegesetz	23
Statut der Landeshauptstadt Graz	1
Strafgesetzbuch	2
Strafprozeßordnung	4
Strafregistergesetz	1
Strafvollzugsordnung	17
Straßengesetz Tirol	4
Straßengesetz Vorarlberg	1
Straßenverkehrsbeitragsgesetz	2
Straßenverkehrsordnung	34
Studienförderungsgesetz	1
Tierärztegesetz	1
Tierschutzgesetz	1
Tierzuchtförderungsgesetz	2
Umsatzsteuergesetz	19
Urheberrechtsgesetz	1
Veranstaltungsgesetz Steiermark	11
Vereinsgesetz	3
Verfassungsgerichtshofgesetz	3
Vergnügungssteuergesetz Wien	12

Versicherungsaufsichtsgesetz	1
Versteigerungsabgabegesetz Wien	2
Verwaltungsabgabegesetz Steiermark	1
Verwaltungsgerichtshofgesetz	1
Verwaltungsstrafgesetz	19
Viehwirtschaftsgesetz	4
Wählerevidenzgesetz	1
Wasserrechtsgesetz	12
Wasserversorgungsgesetz Wien	1
Wehrgesetz	11
Weinggesetz	1
Wirtschaftstrehänderberufsordnung	1
Wohnbauförderungsgesetz	3
Zinsertragsteuergesetz	36
Zivildienstgesetz	59
Zivilprozeßordnung	1
Ziviltechnikergesetz	1
Zollgesetz	1
Zustellgesetz	5